

Bielertagblatt

LESEN SIE DAS BT ALS E-PAPER:
www.bielertagblatt.ch/e-paper

Seit 1850 die Zeitung für Biel und das Seeland

Montag
29. November 2021
CHF 4.30

www.bielertagblatt.ch



Spezielle Methoden
Serena Notter hilft ihren Patientinnen mit Trampolin und Lotto.
Region – Seite 6

Deutliche Sache
Das Bieler Budget ist klar angenommen worden.
Region – Seite 7

Neue Spitze
In Tschugg gibt es einen Wechsel im Gemeindepräsidium.
Region – Seite 10

Ein klares Verdikt

Covid-19-Gesetz Das Stimmvolk hat dem Bundesrat erneut den Rücken gestärkt. Auch die zweite Abstimmung über das Covid-19-Gesetz ist angenommen worden. Was folgt nun?



Der grosse Aufmarsch der Corona-Massnahmegegner ist ausgeblieben. Gestern versammelten sich bloss einige Dutzend Personen auf dem Bundesplatz. KEYSTONE

Die Corona-Massnahmegegner haben auch bei der zweiten Abstimmung über das Covid-19-Gesetz eine deutliche Niederlage erlitten, trotz ihres lauten Abstimmungskampfs. Der Nachweis, geimpft, getestet oder genesen zu sein, kann nun weitergeführt werden. Das Zertifikat ermögliche es, Massnahmen gegen die Ausbreitung des Virus zu er-

greifen, ohne gleich Einrichtungen zu schliessen oder bestimmte Aktivitäten zu verbieten, machten die Befürworter geltend – und forderten vom Bundesrat ein rasches Handeln und härtere Massnahmen.

Die Pflegefachleute hingegen können vor dem Hintergrund der Pandemie einen Erfolg verbuchen. Nicht we-

niger als 61 Prozent Ja-Stimmen erhielt die Pflegeinitiative, die bessere Arbeitsbedingungen in der Pflege verlangt und so mehr Menschen in diesen Berufen halten will.

Die von Bundesrat und Parlament als Alternative vorgeschlagene Ausbildungsoffensive genügte den Stimmen den offensichtlich nicht.

Ohne Chance war die dritte Vorlage, die Justizinitiative, die ein Losverfahren für die Wahl ans Bundesgericht forderte. Während das Parlament statt eines Systemwechsels nun eine sanftere Reform des Wahlsystems vorbereitet, hält der Kopf der Justizinitiative an seinem Vorhaben fest.

sda – Abstimmungen Seiten 2 bis 5

KOMMENTAR

Nun braucht es ein Bekenntnis



Tobias Graden
stv. Chefredaktor

62 Prozent Ja: Ein Erdrutschsieg ist das zwar nicht, doch die Schweizer Stimmberechtigten haben nun zum zweiten Mal die bundesrätliche Coronapolitik mit einer deutlichen Mehrheit legitimiert. Ganz selbstverständlich ist das nicht: Die Gegner waren in den letzten Wochen laut und sichtbar, ihr polemischer Abstimmungskampf war auch von staatskritischen Milliardenfinanziert, und offenbar haben durchaus nicht alle Geimpften auch ein Ja eingeworfen. Doch das Signal ist klar: Die Mehrheit befürwortet die Bekämpfung der Pandemie mit möglichst differenzierten Mitteln – sie wäre gar zu robusteren Instrumenten bereit, wie Umfragen der Sonntagspresse zeigen.

Der Bundesrat tut in den kommenden Wochen also gut daran, seine Politik an der vernünftigen Mehrheit auszurichten. Diese will den Schutz des Gesundheitssystems, wirtschaftliche Hilfe, wo es nötig und so viel Freiheit, wie dies möglich ist. In der Verantwortung stehen aber auch die Führungsfiguren der Abstimmungsverlierer. Zum ersten Mal an einem Abstimmungssonntag musste gestern das Bundeshaus abgeriegelt werden; manche Befürworter hatten zuvor auf Abstimmungskampf verzichtet, weil sie und ihre Familie bedroht worden waren. Auf den entsprechenden Telegram-Kanälen ging gestern das verschwörungstheoretische und antidemokratische Geraune bereits weiter. Darum braucht es ein klares Zeichen der unterlegenen Seite, insbesondere der Regierungspartei SVP. Es braucht eine Abgrenzung gegen jene, für die alle Mittel recht sind, und ein Bekenntnis zum demokratischen Weg.

Dieses höchste Gut unseres Zusammenlebens muss gemeinsam verteidigt werden.

tobias.graden@bielertagblatt.ch

EHC Biel: Zum vierten Mal Überstunden, zum ersten Mal verloren

Eishockey Nach den beiden Siegen vom Dienstag und Freitag bot sich dem EHC Biel am Samstag beim Genève-Servette HC die Möglichkeit, die Woche mit dem Punktemaximum von neun Zählern abzuschliessen. Daraus wurde aber nichts. Henrik Tömmernes schoss Servette, das nur dieses eine Spiel innert Wochenfrist bestritt, in der Verlängerung zum 2:1-Sieg.

Es war das erste Mal in der laufenden Saison, dass die Bieler einen Match, der in die Überzeit ging, nicht gewinnen

konnten. Zuvor hatten sie gegen Freiburg und Bern in der Verlängerung reüssiert und noch einmal gegen Bern ein Penaltyschiessen zu ihren Gunsten entschieden.

So nahmen die Bieler immerhin einen Punkt aus Genf mit, wobei mehr dringender wäre. Sie waren zwar im ersten Drittel die schlechtere Mannschaft gewesen, konnten sich danach aber steigern. Nur wurden sie mehrmals von Strafen gebremst – nicht zum ersten Mal.
bil – Sport Seite 17

In seinen Werken ist stets auch Ironie

Kunst In Kassel entdeckte er die Konzept- und Minimalkunst, in Italien die Arte povera, und zuvor arbeitete der gelernte Tiefbauingenieur für eine Eisenbahn-Baufirma in Finnland: Bis heute ist René Zäch einen langen Weg gegangen. Nun stellt der 75-Jährige wieder einmal in Biel aus, ab Donnerstag sind Arbeiten von ihm im Lokal-int zu sehen. Das BT hat den gemässigten Minimalisten in seinem Atelier besucht und zeichnet seinen Werdegang nach.
tg – Kultur Seite 13

Vierte Motion für Erhalt des TCS-Campings im Naturschutzgebiet

Gampelen In der heute beginnenden Wintersession des Grossen Rates ist einmal mehr der TCS-Campingplatz bei Gampelen traktandiert. Bereits zum vierten Mal fordert eine Motion das Belassen der Anlage im Naturschutzgebiet Fanel am Neuenburgersee, die mehrere hundert Meter vom See weg verlegt werden soll. Alle drei bisherigen Motionen mit dieser Stossrichtung hatte das Kantonsparlament jeweils angenommen. Aber der Regierungsrat hatte es jedes Mal abgelehnt, entsprechend tätig zu

werden. Denn eidgenössische und kantonale Schutzvorschriften würden dies nicht zulassen.

Der diesmalige Vorstoss fordert vom Regierungsrat, ein Spezialgesetz zu schaffen, das den Verbleib der Anlage am See trotzdem möglich macht. Und die sieben Unterzeichnenden machen geltend, dass Erlasse, die auf einen spezifischen Fall zugeschnitten sind, im Kanton nach konstanter Praxis zulässig seien.
bk – Region Seite 7

Sondergesetz soll Campingplatz retten

Gampelen Grossratsmitglieder haben eine weitere Motion eingereicht, um den Camping im Schutzgebiet Fanel vor dem Rückbau zu retten. Dieses Mal fordern sie ein spezielles Gesetz zum Erhalt der Anlage.



Noch bis Ende 2024 ist der Campingplatz am Neuenburgersee gemäss Vereinbarung von Kanton, TCS und Naturschutzorganisationen gesichert. MATTHIAS KÄSER/A

Beat Kuhn

Bereits drei Motionen für das Belassen des TCS-Campings Gampelen im Gebiet Fanel habe der Grosse Rat nun schon an die Kantonsregierung überwiesen, heisst es in einer vierten Motion mit dieser Stossrichtung. Sie ist von Patrick Freudiger (SVP, Langenthal), Carlos Reinhard (FDP, Thun), Peter Gerber (Die Mitte, Schüpfen), Jakob Schwarz (EDU, Adelboden), Madeleine Amstutz (SVP, Sigriswil), Sandra Hess (FDP, Nidau) und Peter Bohnenblust (FDP, Biel) unterzeichnet – von denen erst Amstutz und Gerber schon diesbezüglich aktiv waren.

Politischen Willen endlich umsetzen

«Trotz dieser eindeutigen politischen Signale weigert sich der Regierungsrat, die nötigen politischen und rechtlichen Schritte zum Erhalt des bestehenden Campingplatzes in die Wege zu leiten», monieren die sieben. «Das ist umso unverständlicher, als die im Verwaltungsgeschichtsurteil vom Dezember 2017 verlangte Prüfung der Umweltverträglichkeit soweit ersichtlich nicht oder jedenfalls nicht fundiert erfolgt ist.»

Gemeint ist das Urteil, aufgrund dessen sich der Kanton, der TCS und die involvierten Naturschutzorganisationen darauf geeinigt hatten, dass der Campingplatz noch bis Ende 2024 bestehen bleiben dürfe, dann aber aufgehoben werden müsse. Dies, weil das Fanel über die Jahre zu einem der meistgeschützten Naturschutzgebiete der Schweiz geworden ist. Als Ersatzstandort bietet der Kanton ein Feld auf der anderen Seite des Waldes an, das mehrere hundert Meter vom See entfernt ist.

Der Campingplatz mit Bootshafen bestehe seit Jahrzehnten und habe die Schutzwürdigkeit des Standorts bislang nicht beeinträchtigt, führen die Motionärinnen und Motionäre ins Feld. Zudem sei er für den Kanton Bern ein volkswirt-

schaftlich wichtiger Faktor, weil er ihm jedes Jahr rund 250 000 Franken bringe. Ein Camping im Inland sei zudem eine nachhaltige Alternative zum Campieren im Ausland mit langen Fahrstrecken.

Mit dem jetzigen Vorstoss solle sichergestellt werden, dass die Regierung den politischen Willen endlich umsetzt, wird in dem Vorstoss klargemacht. «Der Weg dazu ist die Schaffung eines entsprechenden Gesetzes.» Erlasse, die auf einen spezifischen Fall zugeschnitten sind, seien im Kanton nach konstanter Praxis zulässig, wird geltend gemacht. Konkret verlangen die Grossratsmitglieder, dass der Regierungsrat eine sogenannte Kantonale Überbauungsordnung (KUeO) ausarbeite, welche die bestehende Nutzung der Fläche als Campingplatz inklusive Bootshafen gewährleistet und dauerhaft sichert.

Gegen Gesetz für Einzelvorhaben

Letzte Woche ist nun die Antwort auf die Motion publiziert worden. Darin hält der Regierungsrat zunächst fest, er habe mehrmals und ausführlich dargelegt, dass eine Weiterführung des Campingplatzes rechtlich nicht möglich sei, weil eidgenössische und kantonale Schutzvorschriften dies nicht zulassen würden. Der mit dem TCS und den Naturschutzorganisationen vertraglich vereinbarte Rückbau befinde sich bereits in Umsetzung.

Dann wird klargemacht: «Eine Sondergesetzgebung kommt aus Sicht des Regierungsrats nicht in Frage.» Er lehne es ab, ein Einzelfallgesetz auszuarbeiten, dessen einziger Zweck es sei, den Campingplatz zu erhalten, schreibt er. Es sei nicht zulässig, für ein Einzelvorhaben mit einem Spezialgesetz die Bestimmungen im Baugesetz und im kantonalen Richtplan auszuhebeln, weil dies zu einer nicht begründbaren Ungleichbehandlung führen würde. Darum lehne er die Motion ab. Die Regierung ist allerdings bereit, ein Gutachten in Auftrag zu ge-

«Der Weg zur Umsetzung des politischen Willens ist ein Gesetz.»

Die sieben Grossratsmitglieder in ihrem Vorstoss

ben, das – Zitat – «ergebnisoffen» alle rechtlichen Möglichkeiten nochmals vertieft analysieren und allfällige Handlungsspielräume ausloten soll. «Wenn das Gutachten zum Schluss kommen sollte, dass es trotz zahlreicher Schutzvorschriften einen planerischen Spielraum gibt, könnte im Rahmen der geltenden gesetzlichen Vorgaben und Verfahren eine Nutzungsplanung erlassen werden.»

Was der Grosse Rat zu alledem meint, wird sich schon bald zeigen: Das Geschäft ist für die Wintersession traktandiert, die heute beginnt.

Das Fanel ist eine Folge der Juragewässerkorrektion

Das Fanel, in dem der Camping liegt, ist eines der acht Naturschutzgebiete, in welche die Uferlandschaft Grande Carîcaie am Südostufer des Neuenburgersees unterteilt ist, das grösste Feuchtgebiet der Schweiz. Die Grande Carîcaie inklusive Fanel aber ist ein Produkt der ersten Juragewässerkorrektion, die 1868 bis 1891 realisiert wurde. Dadurch, dass damals der Seespiegel des Neuenburgersees um rund drei Meter abgesenkt wurde, zog sich das Südostufer des Sees nämlich um mehrere hundert Meter zurück, sodass der Seegrund der ehemaligen Flachwasserzone nun über dem Seespiegel lag. Das auf diese Weise neugebildete Feuchtgebiet bot den Tieren und Pflanzen, die im Grossen Moos nach der Trockenlegung keine Lebensgrundlage mehr hatten, ein Rückzugsgebiet mit ähnlichen Umweltbedingungen. Schon bald hatten sich Ökosysteme etabliert. Heute leben in der Grande Carîcaie um die 800 Pflanzenarten und vermutlich über 10 000 Tierarten, Das entspricht etwa einem Viertel der Flora und Fauna in der Schweiz. bk

Bieler Budget bleibt absolut ungefährdet

Abstimmung Das Budget der Stadt Biel für das Jahr 2022 ist gestern von der Stimmbewölkerung bei einem Nein-Anteil von nur gerade 17 Prozent gutgeheissen worden. Und das, obschon sich das rechtsbürgerliche Lager geschlossen dagegen gestellt hatte.

Es ist ein Ergebnis, das zu erwarten war und das auch in dieser Deutlichkeit: Die Bieler Stimmberechtigten haben das Budget der Stadt für das Jahr 2022 mit einer Zustimmung von 82,2 Prozent genehmigt.

Und das bei einer Stimmbeteiligung von für Biel starken 47 Prozent. Ein überzeugendes Ergebnis, wenn man bedenkt, dass im Vorfeld des Urnengangs SVP, FDP, PRR, GLP, EVP und EDU die Nein-Parole gefasst hatten. Dass sogar die Partei der Finanzdirektorin Silvia Steidle dem Budget ablehnend gegenüberstand, war jedoch in erster Linie als stiller Protest zu verstehen, verzichteten doch alle der genannten Parteien auf eine Abstimmungskampagne. Sie beklagten zwar noch im Parlament das strukturelle Defizit, das erneut nicht angegangen werde, das rechtsbürgerliche Lager wusste aber auch, dass es schwierig würde, ein Budget zu bekämpfen, das trotz Coronakrise weder eine Steuererhöhung noch eine Kürzung bei den Kultursubventionen oder den Investitionen vorsieht.

Tatsächlich sieht das Budget für das Jahr 2022 ein ausgeglichenes Ergebnis vor. Das täuscht jedoch etwas über den wahren Zustand der Bieler Finanzen hinweg. Die schwarze Null wird nämlich nur dank der Auflösung von Reserven und der Entnahme von 15 Millionen Franken aus der Spezialfinanzierung «Buchgewinne aus Liegenschaften des Finanzvermögens» möglich. Die Finanzdirektorin selber hatte im Vorfeld der Abstimmung vorgerechnet, dass die städtischen Reserven in vier Jahren aufgebraucht sein werden, sollte der Finanzgang ungebremst derart weitergehen.

Der Gemeinderat hat deshalb am 10. November das Projekt «Substance 2030» lanciert. Es handelt sich dabei um eine eigentliche Haushaltssanierung, nach 2015 bereits die zweite innert sieben Jahren. Das Projekt soll Massnahmen aufzeigen, mit denen der städtische Haushalt wiederkehrend um 25 Millionen Franken entlastet werden kann. Und das innert acht bis zehn Jahren. Für die operative Führung des Projekts hat die Stadtregierung eine externe Unternehmung beigezogen.

Der Gemeinderat will im März 2022 über die erarbeiteten Massnahmen beschliessen. lsg

Nachrichten

ST-IMIER

Denis Gerber gewinnt Ersatzwahl

Gestern waren die Stimmberechtigten von St-Imier an die Urne gerufen, um den Nachfolger des zurückgetretenen Gemeindepräsidenten Patrick Tanner (ARC) zu wählen. Denis Gerber, Kandidat der Liberal-Radikalen Partei, gewann die Wahl vor der unabhängigen Bettina Zürcher. Nach der zehntägigen Beschwerdefrist erfolgt die Bestätigung der Wahl durch den Gemeinderat am 14. Dezember. mt/fb

LYSS

Zusammenprall im Kreisell

Am Samstagmorgen sind in Lyss auf der Lyssstrasse auf der Höhe der Ein- und Ausfahrt (Kreisell) zur Autobahn A6 zwei Personenwagen zusammengeprallt. Verletzt wurde niemand. Die Höhe des Sachschadens wird auf 13 000 Franken geschätzt. Der Grund für den Unfall war vermutlich ein missachtetes Vortrittsrecht. asb